

Kritik am Bildungsbudget

Forderungen der LehrerInnengewerkschaft nicht erfüllt

(Bregenz/sun) Heftige Kritik am Bildungsbudget übt Gerhard Unterkofler, Vorsitzender der PflichtschullehrerInnengewerkschaft in Vorarlberg. Notwendige gewerkschaftliche Forderungen seien nicht erfüllt und den Schulen drohe eine autonome Verwaltung ohne die notwendigen Ressourcen.

„Es gibt zwar ein Plus für das Bildungsbudget“, meint Unterkofler, „doch das ist vor allem für den Ausgleich der traditionellen Finanzierungslücke bzw. für zukünftige Gehaltserhöhungen reserviert.“

Die Regierung hat sich bis jetzt in erster Linie für eine populistische Politik stark gemacht, doch wichtige notwendige Bildungsausgaben werden im Budget mit keinem Wort erwähnt.



Langjährige Forderungen

Laut Unterkofler liegen die Forderungen der Gewerkschaft für die Pflichtschulen schon seit Jahren auf dem Tisch:

- ZweilehrerInnensystem in der Volksschule
- mehr SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen
- administrative Entlastung der LeiterInnen und LehrerInnen
- gemeinsame Schule
- zusätzliche Ressourcen für sogenannte Brennpunktschulen

Bedauerlich sei auch, dass es in Zukunft kein Geld mehr für die Integration von Flüchtlingskindern gebe und das Geld für Ganztagesbetreuung pro Jahr reduziert werde.

„Wenn demnächst die Schulen mehr Autonomie erhalten, bedeutet dies für die DirektorInnen hauptsächlich mehr Verantwortung, aber nicht genügend Ressourcen“, ärgert sich Unterkofler. „Auf eine autonome Mangelverwaltung werden die LeiterInnen keine große Lust haben.“